
Helmut Dubiel

Was ist

Neokonservatismus?

edition suhrkamp

SV

es 1313
edition suhrkamp
Neue Folge Band 313

Oben, auf der Mastspitze, im Ausguck sitzen die Kolumnenschreiber. Karten auf den Knien studieren sie Untiefen, Küstenlinien und Fahrtrinnen. Manchmal, wenn sie in Verlegenheit kommen, bedienen sie sich der Hilfe sozialwissenschaftlich versierter Geographen, die ihnen die fehlenden Stichworte zurufen. Die »formierte Gesellschaft« war ein solches Stichwort in den sechziger, »Unregierbarkeit« und »Wertewandel« bestimmten die siebziger Jahre. Es gibt Anzeichen dafür, daß dieses Jahrzehnt das des »Neokonservatismus« ist.

Der vorliegende Essay geht davon aus, daß nicht das Wort »Neokonservatismus«, wohl aber das, was es objektiv bezeichnet, die politisch-intellektuelle Szenerie westlicher Gesellschaften noch bestimmen wird, wenn die tagespolitischen Umstände, unter denen es seine gegenwärtige Karriere antrat, längst in den Archiven der Zeitgeschichte verschwunden sind. Deshalb zeichnet er zunächst nach, wie die neukonservative sozialwissenschaftliche Intelligenz in den USA und der Bundesrepublik die zentralen politischen Diskurse »besetzt« hat. Der praktisch-politische Erfolg ihres semantischen Feldzuges in den siebziger Jahren liest sich wie eine Bestätigung von Gramscis Behauptung, daß die politische Macht der »kulturellen Hegemonie« auf dem Fuße folgt. Die ideologiepolitische Topographie wird im Licht der kritischen Theorie des Spätkapitalismus kritisiert. Anhand einer Reinterpretation der Begriffe »Kultur«, »Demokratie«, »Gleichheit«, »Wohlfahrt« und »Intelligenz« wird die These entfaltet, daß der konservative Bann über die gegenwärtige Politik nur durch eine neue Buchstabierung des Fortschritts gebrochen werden kann.

Helmut Dubiel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/M.

Helmut Dubiel
Was ist Neokonservatismus?

Suhrkamp

Die vorliegende Arbeit entstand im Zusammenhang
des von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten
Projektes »Neokonservative Theorie
der postindustriellen Gesellschaft und
kritische Theorie des Spätkapitalismus.
Zur Theorie postliberaler Gesellschaften«.

3. Auflage 2015

Erste Auflage 1985
edition suhrkamp 1313
Neue Folge Band 313

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1985
Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11313-4

Inhalt

Neokonservatismus

7

Kultur

21

Demokratie

46

Gleichheit

68

Wohlfahrt

83

Neue Klasse

105

Fortschritt

126

Neokonservatismus

Wenn Intellektuelle die Zeit, in der und über die sie schreiben, eine solche des Übergangs nennen, ist dies zunächst nur das Eingeständnis, daß die gesellschaftliche Entwicklung einerseits Symptome hervorbringt, die sich den herkömmlichen Diagnosen entziehen, andererseits das beschworene Neue jedoch noch nicht die Prägnanz eines benennbar »neuen« Paradigmas erreicht hat. In diesen Zeiten, in denen der Reim fehlt, den man sich auf die verwirrenden Phänomene machen könnte, haben Wortschöpfungen eine auffällige Konjunktur, welche alte Begriffe jeweils um die Präfixe »post-« oder »neo-« bereichern: »der Neomarxismus«, die »Neoavantgarde«, der »Neostrukturalismus«, aber auch die »postmaterialistischen Werte«, die »postkeynesianische Ökonomie« und der »Postmarxismus« etc. Das Präfix »post« und das Präfix »neo« meinen mit jeweils seitenverkehrten Prämissen dasselbe. Die, die eine kulturelle oder politische Entwicklung durch ein mit »neo-« eingeleitetes Adjektiv bezeichnen, bestreiten ihr damit die Authentizität des wirklich Neuen, während das Präfix »post-« seinem Begriff den Vorwurf macht, er habe jene orientierende Kraft längst eingebüßt, die ihm früher einmal zugekommen sei. Solche verwirrenden Begriffskonjunkturen verweisen auf historische Situationen, in denen der Fahrtwind der gesellschaftlichen Entwicklung den theoretischen Blick so sehr trübt, daß offenbar keine andere Möglichkeit mehr besteht als die, die Richtung, die der »große Tanker« nimmt, in Relation zu den Bojen abzuschätzen, die im Rücken des Betrachters liegen.

Oben, auf der Mastspitze sitzen die Kolumnenschreiber. Karten auf den Knien studieren sie Untiefen, Küstenlinien und Fahrtrinnen. Manchmal, wenn sie in Verlegenheit kommen, bedienen sie sich der Hilfe sozialwissenschaftlich versierter Geographen, die ihnen die fehlenden Stichworte zurufen. Die »formierte Gesellschaft« etwa war ein solches Stichwort in den sechziger Jahren. »Unregierbarkeit« und »Wertewandel« bestimmten die siebziger Jahre. Es gibt Anzeichen dafür, daß dieses Jahrzehnt das des »Neokonservatismus« ist.

Diese unbeholfene Bezeichnung wurde aus den USA importiert. In der bundesdeutschen Öffentlichkeit kam sie in Umlauf in der

Folge einer Rede von Helmut Schmidt auf dem Münchener Parteitag der SPD im April des Jahres 1982. Eine »neokonservative Politik« sei das, was die Bundesbürger zu gewärtigen hätten, wenn die sozialliberale Koalition einmal abgetreten sei. Als sie dann abtrat, war das Wort plötzlich in aller Munde.

Die tagespolitische Karriere theoretischer Begriffe bedeutet zugleich immer das Ende ihrer interpretativen Kraft. Sozialwissenschaftler tun sich deshalb selbst keinen Gefallen, wenn sie ihre zeitdiagnostischen Versuche auf Begriffe gründen, die im Schmelztiegel der öffentlichen Kommunikation rasch zu einer allen Sinnes entleerten Schlacke verbrennen. Gleichwohl ist dieses Buch in der Überzeugung geschrieben, daß vielleicht nicht das *Wort* des »Neokonservatismus«, aber die mit ihm assoziierten Topoi, Deutungsmuster und Argumentationen die politische Szenerie westlicher Gesellschaften noch bestimmen werden, wenn die tagespolitischen Umstände, unter denen es seine gegenwärtige Karriere antrat, längst in den Archiven der Zeitgeschichte verschwunden sind. Darum verende ich den Begriff des »Neokonservatismus« als Arbeitstitel für einen komplexen politisch-intellektuellen Zusammenhang, der erst im Nachvollzug seiner einzelnen Elemente durchsichtig werden wird.

Was in der ersten Hälfte der achtziger Jahre geschieht, ist zwar kein Rückfall in den Manchester-Kapitalismus. Aber es ist mehr als die zufällige Häufung konservativer Parlamentsmehrheiten in den Metropolen der westlichen Welt und mehr als die Krise der Sozialdemokratie. Es ist die – in dieser internationalen Breite und politischen Konsequenz – von niemandem vorhergesehene Renaissance von Versuchen, die massendemokratischen Wohlfahrtsstaaten wieder auf die Entwicklungsspur *liberalkapitalistischer* Gesellschaften zurückzustellen. Diese Renaissance findet freilich statt unter den Bedingungen eines weitgehend durchgesetzten Interventions- und Sozialstaates, einer mehr schlecht als recht, aber immerhin funktionierenden rechtsstaatlichen Demokratie und den lebenskräftigen Vorboten »nachbürgerlicher« Wertorientierungen und Einstellungsmuster. Und es ist eben diese Spannung zwischen dem neokonservativen Projekt einer liberalkapitalistisch zu bereinigenden »Basis«, sozusagen der Wiederherstellung des status quo ante, und einem spätkapitalistischen »Überbau«, die einen Großteil jener Konflikte, Brüche und Verwerfungslinien erzeugt, die heute das intellektuelle und das politische Publikum gleicherma-

ßen in Atem halten.

In den Medien gelten als »neokonservativ« die gegenwärtig praktizierten neoliberalen Wirtschaftspolitiken, insbesondere »Thatcherism« und »Reagonomics« – also Strategien des Monetarismus, der restriktiven Fiskalpolitik und der Steuersenkungen. Diese Verwendungsweise des Begriffs ist schlicht überflüssig, weil sie dem etablierten Begriff »neoliberal« nichts hinzufügt – außer vielleicht, daß jetzt ökonomische Doktrinen zur Maxime der öffentlichen Politik geworden sind, die vor zwei Jahrzehnten noch am Rande des akademischen Meinungsspektrums standen. – Neben dieser zwar wenig mißverständlichen, aber überflüssigen Verwendungsweise gibt es den *kulturkritischen* Begriff des Neokonservatismus. Er bezeichnet alle Formen der intellektuellen und praktisch-politischen Abkehr von sozialistischen Positionen, seien es solche des »real existierenden« oder der Sozialdemokratie. Dieser weite Begriff umfaßt so verschiedene Dinge wie die Rechtsdrift der französischen Intelligenz, die Wahlerfolge liberalkonservativer Parteien und den Fundamentalismus, Anti-Modernismus und Lokalismus mancher Strömungen innerhalb der neuen sozialen Bewegungen. Diese mentalitätskritische Fassung des Begriffs »Neokonservatismus« mag zwar für Zwecke des Feuilletons und der politischen Polemik taugen, nicht aber für die Ansprüche einer sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnose. Nur das zeitlich parallele Auftreten dieser Phänomene und ein allzu synthetisierender Blick konnten zu dem Eindruck verleiten, es handele sich dabei nur um verschiedene Ausprägungen einer letztlich identischen Mentalität. – In der neueren zeitgeschichtlich orientierten wissenschaftlichen Literatur gibt es deshalb das verständliche Bemühen um eine präzise Fassung des Begriffs. Arbeiten dieses Typus neigen dazu, nur solche Gruppierungen »neokonservativ« zu nennen, die diese Fremdbezeichnung (und sei es auch widerstrebend) akzeptieren. Diese enge Fassung des Begriffs trifft zweifellos ein empirisch unstrittiges Geflecht von Personen, Zirkeln, Publikationsorganen und Zeitschriften: Alle Berichterstatter über die geistespolitische Situation der USA betonen, daß der neue Konservatismus etwa seit Mitte der siebziger Jahre eine umfassende mentalitätsbildende Kraft entfaltet. Ich beschränke mich hier auf diejenigen, deren Namen auch in der Bundesrepublik nicht unbekannt sind: Daniel Bell, Daniel Patrick Moynihan, Robert Nisbet, Martin Diamond, Nathan Glazer, Samuel Huntington, Aaron Wildavsky, Zbigniew

Brezinski, Seymour Martin Lipset, Milton Himmelfarb, Walter Lacqueur, Sidney Hook, Edward Shils, Peter Berger etc. Diese äußern sich vornehmlich in zwei Zeitschriften, die als öffentliche Plattform dieser neuen Strömung gelten. Das ist zunächst die auch an unmittelbar politischen Themen interessierte Monatszeitschrift *Commentary* und dann die wissenschaftspolitische Vierteljahresschrift *Public Interest*. Die Autoren dieser Zeitschriften beschränken sich jedoch nicht auf ihre Berufsrolle als Hochschullehrer, sondern engagieren sich im Zwischenfeld von Wissenschaft und Politik. Ihre Kader beherrschen die großen Denkfabriken, sie dominieren die ständischen Organisationen der Professionspolitik und die politikberatenden Gremien und Kommissionen. Die Massenmedien greifen ihre Konzepte auf, Teile ihrer Schriften werden in der Tagespresse vorveröffentlicht, es ist ihr Ton, der in den politischen Magazinen angeschlagen wird. – Wenn man diese Merkmale auf die bundesdeutsche Situation projiziert, fällt es nicht schwer, ihre hiesigen Pendanten zu entdecken. Den nordamerikanischen Neokonservativen entsprechen in der Bundesrepublik jene intellektuellen Gruppierungen, deren Denkstil und deren bündische Identität sich erst in der vehementen Kritik der Studentenbewegung und der von dieser angestoßenen Veränderung der politischen Kultur gebildet haben. Ihre Keimzelle war der Bund, der die »Freiheit der Wissenschaft« verteidigen wollte. Die, die ihn gegründet haben, veranstalteten auch die Kongresse »Tendenzwende« und »Mut zur Erziehung«, deren sorgfältig vorgeplantes Medienecho noch Wochen danach zu vernehmen war. Eine eindeutige parteipolitische Zuordnung eines Hermann Lübke, eines Erwin K. Scheuch, Günther Rohrmoser, Helmut Schelsky, Friedrich Tenbruck, Thomas Nipperdey, Nikolaus Lobkowicz, Odo Marquard, Robert Spaemann etc. ist keineswegs möglich. Meist sind sie parteipolitisch gar nicht gebunden, oft üben sie Einfluß aus in Parteien, die nicht eindeutig konservativ sind. Bei aller sachlichen Verschiedenheit ihrer persönlichen Einstellungen sind diese Intellektuellen, von denen manche inzwischen der Fremdbezeichnung »neokonservativ« zögernd zustimmen, geeint durch ein als »liberal« bezeichnetes Selbstverständnis. Die geheime Dialektik dieses Eigenverständnisses wird offenbar, wenn man es vor dem Hintergrund der unterstellten nachliberalen Tendenzen betrachtet sowie in den Zusammenhang der deutschen Geistesgeschichte einfügt ...

Wer in dieser Einstellung des an empirischen Details interessierten Zeitgeschichtlers den Begriff »neokonservativ« auf eindeutig identifizierbare Personen, Zirkel, Forschungsstätten und Publikationsorgane einschränkt, nimmt ihm damit eben genau das, was ihn aus allgemein politischen Gründen überhaupt erst interessant gemacht hat. Diese empiristische Beschränkung verfehlt nämlich den Umstand, daß die unter dem Etikett des »Neokonservatismus« subsumierbaren Deutungsmuster für große Teile der an öffentlicher Wirksamkeit interessierten Sozialwissenschaftler und der auf sozialtheoretische Legitimation bedachten politischen Eliten mentalitätsprägend geworden sind. Anders formuliert: Sie verfehlt den Umstand, daß die neokonservative Gesellschaftslehre sich angeschickt hat, ein das praktische Handeln der politischen Eliten orientierendes *Paradigma* zu werden.

Der Begriff des Paradigmas kommt aus der Wissenschaftstheorie. Er macht darauf aufmerksam, daß auch wissenschaftliche Forschungsprozesse niemals an einem Nullpunkt beginnen, sondern ihrerseits abhängig sind von einem vorgängigen Bezugsrahmen, einem Deutungsvorschuß – einem Paradigma eben, das festlegt, welcher Realitätsbereich überhaupt als der relevante wahrgenommen wird und welches die Methoden sind, mit denen man sich dieses Bereichs versichert. In einem ähnlichen Sinn ist es üblich geworden, von einem politischen Paradigma zu reden. Es definiert in der Fülle möglicher Gegenstände jenen Realitätsausschnitt, der überhaupt als Gegenstand politischen Rasonnements gelten kann, es konstituiert die politischen Wertpräferenzen, ordnet ihnen strategische Ziele zu, legt Mittel fest, bestimmt die relevanten Akteure, Opfer, Klientele etc.

Der Neokonservatismus ist ein solches politisches Paradigma, in dem kulturelle Grundvorstellungen, sozialphilosophische Menschenbilder, sozialwissenschaftliche Theoriestücke und empirische Beschreibungen zu politischen Argumenten verdichtet werden. Er ist keine *Theorie* im engen Sinne dieses Wortes. Der Begriff der Theorie ist reserviert für eine aus zentralen Grundannahmen deduzierte Struktur von Hypothesen, die untereinander abgeleitet werden können. Der Neokonservatismus hat kein solches kognitives Zentrum, keine Regeln für die Ableitung von Hypothesen; er ist vielmehr eine an der Lösung politischer Probleme orientierte *Gesellschaftslehre*. Ihre Einheit hat diese Lehre nicht an sich selbst, sondern an der Einheit dessen, was sie kritisiert – nämlich den

Krisenphänomenen liberaler Systeme und dem unterstellten Autoritätsverfall des bürgerlichen Wertsystems. An dem ihn kennzeichnenden Eklektizismus und an der Disparität seiner einzelnen Kritikobjekte läßt sich zeigen, daß der neue Konservatismus nicht *neu* ist im Sinne von Einsichten, die zuvor noch niemand hatte. Der Neokonservatismus ist eine Reaktionsbildung. Er mobilisiert – wie ich in den folgenden Kapiteln detailliert zeigen werde – Argumente aus der neoliberalen Politökonomie, der Soziobiologie und Humangenetik, der positivistischen Marxismuskritik, der konservativen Kulturkritik und der elitistischen Theorie der Demokratie für die *politische* Verteidigung einer als bedroht wahrgenommenen »liberalen« Rationalität der westlichen Gesellschaften.

Die Suche nach den sozialwissenschaftlichen Ursprüngen dieses Paradigmas führt zurück in die fünfziger Jahre. Die seinerzeit dominierenden funktionalistischen und institutionalistischen Gesellschaftskonzepte liefen in dem Eindruck zusammen, daß die politischen Entwicklungspotentiale der westlichen Gesellschaften in einem positiven Sinne erschöpft seien. Die industriekapitalistischen Gesellschaften seien in ein quasi entropisches Stadium getreten – ohne dramatische ökonomische Krisen, ohne nennenswerte soziale Kämpfe, ohne die Fundamentalkonkurrenz von Ideologien. Raymond Aaron und Daniel Bell haben vor gut einem Vierteljahrhundert dieser heute versunkenen Epoche den Namen gegeben: »Zeitalter des Endes der Ideologie«. Die Theoretiker des Endes der Ideologie waren von der Weberschen Grundannahme geleitet, daß der eigensinnige Zwang technisch-wissenschaftlicher Rationalität die entwickelten Industriegesellschaften aus den Wildwassern der Geschichte heraus- und in das stehende Wasser eines »Post-Histoire« (Gehlen) hineingeleitet hätte, in dem es keine prinzipiellen Überraschungen mehr gäbe. Sie waren überzeugt, daß die eigensinnige Logik sozialtechnischer Rationalisierung allem normativen Dissens über die politische Einrichtung dieser Welt den Boden entziehen würde. Sie entwarfen eine kybernetische Sozialordnung, die der demokratischen Legitimation und kulturellen Identifikation letztlich nicht mehr bedurft hätte. Dieses Historienbild eines ewigen Friedens, gegründet auf das Gleichgewicht des Schreckens nach außen und den wohlfahrtsstaatlichen Kompromiß nach innen, ist im letzten Jahrzehnt blaß geworden. Das der politischen Kontrolle weitgehend entglittene System mili-

tärischer Friedenssicherung, die in dramatischen ökologischen Krisen sichtbar gewordene Naturschranke des Wachstums, die Strukturkrise kapitalistischer Ökonomien mit den kaum absehbaren Folgeproblemen für den sozialen Frieden westlicher Gesellschaften und die Erosion bürgerlicher Tugenden – alle diese Entwicklungen haben in wechselseitiger Verstärkung die Ideologie des Post-Histoire aufgestört. Heute erleben wir, daß die Propheten der Systemrationalität vom Sockel ihrer vorgeblichen weltanschaulichen Neutralität herabsteigen und die ehemaligen »Sachgesetzhlichkeiten« mit autoritärer Gebärde als sittliche Imperative einfordern. Neu ist also nicht der semantische Kern des Neokonservatismus, neu ist der historische Zusammenhang, auf den er angewendet wird. Erst in der kritischen Reaktion auf diese neuen sozialen und kulturkämpferischen Bewegungen hat die neokonservative Gesellschaftslehre ihre eigene und unverwechselbare Signatur gewonnen. Im Neokonservatismus ist die bürgerliche Moderne selbst konservativ geworden. Wir sind Zeugen des Abschlusses einer Epoche, in der der »alte Konservatismus« in die disiecta membra der »Neuen Rechten« zum einen und des »Neokonservatismus« zum anderen zerfallen. Da die Vertreter dieses neuen geistespolitischen Paradigmas ohne traditionalistische Vorbehalte auf dem Legitimitätsboden der bürgerlichen Gesellschaft stehen, muß man sie scharf unterscheiden von der »Neuen Rechten«, d.h. von jenen neofaschistischen, fundamentalistischen und rechtspopulistischen Bewegungen, die jüngst in den USA, aber auch in Europa und dort besonders in Frankreich wieder von sich reden machen. Diese sind insofern ein Zerfallsprodukt des »alten Konservatismus«, als sie dessen Motiv eines kulturkämpferischen Protestes gegen die bürgerliche Moderne wiederzubeleben versuchen. Anders als dieser tritt die »Neue Rechte« freilich unter Bedingungen einer weitgehend durchgesetzten staatlichen Neutralität in moralischen Fragen an, unter Bedingungen eines verfassungsmäßig verankerten politischen Universalismus und einer weithin akzeptierten säkularisierten Kultur. Losgelöst von der sozialen Basis einer lebendigen Volksreligiosität, einer vorreflexiv gelebten politischen Tradition, nimmt der kulturkämpferische Anti-Modernismus der »Neuen Rechten« zwangsläufig autoritär-irrationalistische und regressive Züge an. Die Anhänger der »Neuen Rechten« reagieren vornehmlich auf das Phänomen einer von aufgeklärten Eliten angeregten und administrativ »von oben« durchgesetzten Modernisierung der

Kultur. Die politischen Themen, an denen sich ihre Ressentiments vornehmlich entzünden, sind jeweils bezogen auf die kulturell wertempfindlichen Erfahrungsbereiche der Kindererziehung, der Schulpolitik, des Status von Frau und Familie, der Sexualität und der Religionsausübung.

Zwar ist nicht zu übersehen, daß in der Programmatik konservativer Parteien – z.B. der bundesrepublikanischen Christdemokraten, der Republikaner in den USA, der Gaullisten – rechtspopulistische Protest- und Denkmotive des neuen Konservatismus eine wirkungsmächtige Allianz eingehen. Die Stabilität solcher Allianzen hängt ab von der politischen Kultur einer Gesellschaft (nach meinem Eindruck ist sie niedrig in den USA, aber hoch in der Bundesrepublik). Gleichwohl nötigt die prinzipielle Verschiedenheit einer irrationalistischen rechtspopulistischen Protestmentalität und eines argumentativ auftretenden, apologetisch gewordenen Liberalismus den Kritiker dieser Strömungen zu unterschiedlichen Strategien. Dem Neokonservatismus angemessen ist das klassische Verfahren der Ideologiekritik – ein Verfahren, welches in der Kritik von mentalitätsbildenden und für die politische Legitimität relevanten Texten der Sozialtheorie das »herrschende Bewußtsein« oder zumindest das tonangebender politischer und kultureller Eliten in Frage stellt. Neokonservative sind Gegner auf dem Feld, auf dem die kritische Intelligenz sich selbst bewegt. Die Auseinandersetzung mit ihnen ist ein argumentativer Kampf auf der Bühne politischer Öffentlichkeit. Dagegen kann die Anhängerschaft der »Neuen Rechten« nur Gegenstand der Sozialpsychologie und der politischen Aufklärung sein: Zu untersuchen wären hier – in Anlehnung an die *Studien über die autoritäre Persönlichkeit* – jene Persönlichkeitsstrukturen und sozialen Situationen, die Individuen und Gruppen für chauvinistische, rassistische etc. Einflüsse empfänglich machen.

In den folgenden Kapiteln will ich die wesentlichen Topoi im neokonservativen Welt- und Gesellschaftsbild einer systematischen Kritik unterziehen. Man reklamiert gern die Bezeichnung »Ideologiekritik« für ein Verfahren, das den Text des politischen Gegners auf eine Leinwand reduziert, auf die die eigene, natürlich richtige Auffassung projiziert wird. Diese verbreitete Schwundform der Ideologiekritik gleicht einer magischen Grammophonnapel, die aus den verschiedenen Schallplatten immer wieder dieselbe Melodie hervorzaubert. Die Zeiten der Grammophon-Mentalität

sind vorbei. Ich will versuchen, mich auf den Gehalt neokonservativer Argumentationen einzulassen. Dies ist ein gutes Stück weit möglich, weil viele *Fragen* der Neokonservativen heute auch die Fragen der dogmatisch nicht bornierten Linken sind.

Ich kritisiere die neokonservative Gesellschaftslehre auf dem Hintergrund der kritischen Theorie des Spätkapitalismus. Dieser Theoriezusammenhang wurde in den dreißiger und vierziger Jahren – in der doppelten Frontstellung gegen die marxistische Orthodoxie und den sozialwissenschaftlichen Positivismus – entwickelt. Die frühe kritische Theorie war bezogen auf die autoritär-faschistische Form des Spätkapitalismus. Erst im Laufe der siebziger Jahre wurde sie in Ansätzen für die strukturell veränderten Bedingungen nachfaschistischer Massendemokratien umformuliert. Auch wenn ihre theoretische und wissenschaftspolitische Homogenität heute niedriger ist als in ihrer Entstehungsphase, bildet sie dennoch den orientierenden Rahmen für zahlreiche Einzelarbeiten auf den Feldern der politischen Ökonomie, der politischen Soziologie, der Sozialpsychologie und der Kulturkritik. Gegenstand der kritischen Gesellschaftstheorie sind die Krisen des Spätkapitalismus. Ihre Ansätze zu einer Theorie postliberaler Gesellschaften sind jeweils kategorial bezogen auf die Veränderungen entwickelter kapitalistischer Gesellschaften in ökonomischen, politischen und kulturellen Krisen.

Mit der Perspektive der Spätkapitalismustheorie nähere ich mich dem Neokonservatismus nicht von außen. Viele von dessen politiktheoretischen, soziologischen und besonders kulturkritischen Arbeiten sind gerade als Anti-Kritik jener Deutungsmuster entstanden, die sich die Sprecher der Revolte in ihrer Lektüre kritischer Gesellschaftstheorie angeeignet hatten. Die kritische Gesellschaftstheorie gleicht der neokonservativen Soziologie in ihrem – letztlich politisch motivierten – Interesse an krisenhaften Makroentwicklungen, die als Geburtsschmerzen einer nachliberalen Gesellschaftsordnung gedeutet werden. Daß sich beide Denkrichtungen aufeinander beziehen lassen, ergibt sich weiterhin aus dem irritierenden Faktum, daß ihre *Krisendiagnostik* so viele Ähnlichkeiten aufweist, daß es sich geradezu aufdrängt, diese als Reflexe einer weithin geahnten, aber noch unbegriffenen gesellschaftspolitischen Umbruchssituation zu interpretieren. Ein Symptom für diese Angleichung der politischen Problemwahrnehmung ist z.B. der Umstand, daß die in der gegenwärtigen Sozialwissenschaft und

Publizistik verbreiteten Etiketten – wie etwa »Postkeynesianismus«, »postmaterialistische« Einstellungen oder »postmoderne« Kultur – nicht mehr auf den ersten Blick verraten, ob es wissenschaftspolitisch rechte oder linke Etiketten sind. So sind etwa die Theoretiker des neuen Konservatismus und die Vertreter der kritischen Theorie sich einig in der Diagnose einer *kulturellen* Krise des gegenwärtigen Kapitalismus. Beide nehmen die unter dem Stichwort des »Postmaterialismus« zusammengefaßten Einstellungen, Symptome und kulturellen Stile zum Anlaß der These, daß die den Frühkapitalismus kennzeichnende Entsprechung von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik weitgehend zerfallen ist. In einem ähnlichen Sinn wurde für die kritische Theorie und das neokonservative Paradigma die im Übergang zu den siebziger Jahren zu beobachtende drastische Zunahme einer partizipatorischen Protestmentalität und einer intensiven Nutzung demokratischer Institutionen zum Anlaß einer Diagnose liberaler Demokratie. Beide gingen, die einen unter dem Begriff der »Legitimationskrise«, die anderen unter dem der »Unregierbarkeit«, von der verwandten Einschätzung aus, daß eine an den funktionalen Imperativen der kapitalistischen Ökonomie und der politischen Administration orientierte Modernisierung der Gesellschaft in ein Spannungsverhältnis tritt zur demokratischen Norm politischer Selbstbestimmung. Vergleichbares gilt für die Krisendiagnose einer keynesianischen Stabilisierungspolitik. Die Spätkapitalismustheorie führt diese zurück auf den schrittweisen Einbau »systemfremder« (d.h. außermarktförmiger, kollektiv-öffentlicher, gebrauchswertförmiger) Elemente in das System privater Produktion. Das neokonservative Programm einer Reduzierung staatlicher Interventionskapazität setzt eben an diesen »systemfremden« Elementen an.

Diese Angleichung der Blickrichtung gilt indes nur für die *Identifikation* der krisenhaften Bereiche und keineswegs für die *Erklärung* der Krisengenease oder gar für die solchen Anamnesen zugrundeliegenden normativen Leitvorstellungen. Gerade diese diagnostischen Affinitäten schaffen erst die Bedingungen für die strukturelle geistespolitische Polarisierung beider Denkrichtungen. Die Ähnlichkeit der Fragen ist nur ein Kommentar auf die Unversöhnlichkeit der Antworten. Im letzten Kapitel werde ich die These entfalten, daß sich um die – zwischen kritischer Gesellschaftstheorie und Neokonservatismus – entstandene Konflikt-

achse das Feld konstituiert, in dem die politischen Entscheidungsalternativen einer nachliberalen Ära sich anmelden.

Der Neokonservatismus und die Theorie des Spätkapitalismus sind konkurrierende, von praktischen Interessen geleitete Deutungsversuche »postliberaler« Gesellschaften. Der Begriff »postliberal« ist Ausdruck einer theoretischen Verlegenheit. Er will besagen, daß die entwickelten Massendemokratien zwar Erben der bürgerlichen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts sind, daß aber die gegenwärtigen Formen der Wirtschaftsordnung, der politischen Integration der Gesellschaft, der Sozialstruktur, der Kultur und des herrschenden Sozialcharakters nicht mehr bruchlos mit den Kategorien abzubilden sind, mit denen Kritiker und intellektuelle Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft diese zu begreifen suchten. Das hilflose Präfix »post-« spielt darauf an, daß diese von den überkommenen Gesellschaftsbildern abweichenden Tendenzen nicht zwanglos zum Modell einer neuen gesellschaftlichen Entwicklungsstufe zusammenschießen, welches sich bereits in einer fertigen Theorie fixieren ließe.

Freilich kann man nicht davon ausgehen, daß es zwischen realpolitischen Kräftekonstellationen und geistespolitischen Frontlinien ein unmittelbares Abbildungsverhältnis gäbe. Zum parteipolitisch repräsentierten Konservatismus hat die neokonservative Denkrichtung eine ähnlich widersprüchliche und konfliktreiche Beziehung wie etwa die kritische Theorie der Gesellschaft zu den parteiförmigen Organisationen des institutionalisierten Sozialismus. So wie die kritische Theorie ihre Signatur erst in der Kritik traditioneller marxistischer Orientierungen gefunden hat, kam zumindest die politische Theorie des neuen Konservatismus in den fünfziger Jahren auf den Weg als Kritik rechtspopulistischer Strömungen in der McCarthy-Ära.

Die Vergleichbarkeit beider Denkrichtungen hat indes ihre Grenzen. Diese sollen hier noch einmal deutlich markiert werden, weil sie in den folgenden Detailanalysen oft im Hintergrund bleiben müssen. Zunächst ist sie eingeschränkt durch die Ungleichzeitigkeit ihrer Entstehung und Entwicklungsdynamik. Die klassische kritische Theorie ist in den dreißiger Jahren entstanden und wurde erst gegen Ende der sechziger Jahre in bezug auf die besonderen Bedingungen der wohlfahrtsstaatlichen Massendemokratien der Gegenwart umformuliert. Das neokonservative Denken hat zwar Vorläufer in der Soziologie der fünfziger Jahre, gewann sein ge-

genwärtiges Profil aber erst in der Auseinandersetzung mit den Werken kritischer Gesellschaftstheorie, die die studentische Intelligenz der sechziger beeinflusst hatte. Gegenwärtig ist die Situation eher die, daß Autoren aus dem Umkreis der Spätkapitalismustheorie auf neokonservative Problemdefinitionen reagieren. Eine weitere Grenze der Vergleichbarkeit beider Strömungen liegt in der Verschiedenheit ihres realhistorischen Bezugs. Der intellektuell avancierte nordamerikanische Konservatismus stellt weitgehend auf die besonderen Bedingungen wohlfahrtsstaatlicher Reformpolitik in den USA ab. Die neuere kritische Theorie zielt zwar auf eine allgemeine Theorie des Spätkapitalismus. Gleichwohl ist sie stark geprägt von der spezifischen intellektuellen Kultur und den besonderen historischen Bedingungen der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Relativ unvergleichbar sind beide Paradigmen schließlich wegen der Verschiedenheit ihrer *Wissensformen* und *Adressaten*. Zwar haben beide einen sozialkritischen Anspruch. Die Autoren jedoch, die dem Neokonservatismus zurechenbar sind, wenden sich an die Akteure der etablierten Politik. Sie produzieren »Steuerungswissen« für eine von Problemen überlastete und von Legitimationsnöten geplagte Administration. Die Arbeiten kritischer Gesellschaftstheoretiker dagegen werden zumindest so rezipiert, als produzierten sie systemkritisches Orientierungswissen für soziale Bewegungen.

Eine weitere Schranke meines Zugangs zum Thema liegt in der Spezifik seines gesellschaftstheoretischen Charakters selbst. Das Hauptinteresse kritischer Gesellschaftstheorie galt immer dem politisch-sozialen Kraftfeld in der Binnenstruktur entwickelter kapitalistischer Gesellschaften, während sie die supranationalen Determinanten politischer Entwicklung eher vernachlässigte. Auch in meinen Ausführungen liegt der Akzent auf Themen wie der subversiven Kraft gegenkultureller Motive in der industriellen Zivilisation, der Konflikte zwischen Norm und Realität liberaler Demokratie, der Dialektik formaler Chancengleichheit im entwickelten Wohlfahrtsstaat, der ordnungspolitischen Widersprüchlichkeit eines durchstaatlichten Kapitalismus, der doppelten Loyalitätsbindung intellektueller Eliten etc. Fragen der Außenpolitik hingegen, der Konkurrenz der Blöcke, des Weltmarktverhältnisses, der militärischen Friedenssicherung etc. tauchen im Zusammenhang meiner Argumentation nur dann auf, wenn sie sich zwanglos in den Rahmen jener Fragestellungen einfügen lassen.

Manche Theoretiker der Linken halten die öffentliche Meinung schlicht für das Artefakt einer politisch gelenkten, massenmedialen Manipulation. Viele Theoretiker der Rechten wollen die Ausübung politischer Macht von der Rechtfertigung durch Gründe entlastet sehen. Beide verkennen, daß *moderne* politische Herrschaft gerade durch ihre Legitimationsabhängigkeit definiert ist. Kein politisches System kann sich unter den Bedingungen moderner Massendemokratien auf Dauer stabilisieren, das nicht in der Lage ist, sich seiner Legitimität in der intellektuellen Kultur zu versichern. Und analog gilt, daß die Eroberung der intellektuellen Kultur eine Bedingung für die Eroberung der politischen Macht darstellt. Gramscis Konzept der »kulturellen Hegemonie« hatte eben diesen Zusammenhang auf den Begriff gebracht. Es ist eines der geistespolitischen Paradoxien der siebziger Jahre, daß dieses Konzept, das der kulturellen Öffnung eines ökonomistisch borierten Marxismus hätte dienen können, zur programmatischen Strategie des neuen Konservatismus wurde. Sprecher der »Neuen Rechten« in Frankreich und neokonservative Intellektuelle in der Bundesrepublik beriefen sich nicht ohne Ironie auf Gramsci, als sie noch in den letzten Tagen der Studentenrevolte begannen, Zeitschriften zu gründen, Buchreihen, politische Clubs und kulturelle Vereinigungen, als sie Einfluß nahmen auf die Feuilletons, Kolumnen und Kommentare liberaler Magazine, auf die Besetzung von Lehrstühlen, auf die Rekrutierung wissenschaftspolitischer und berufsständischer Organisationen. Es war gewiß keine Selbstüberschätzung, als Norman Podhoretz, der publizistische Sprecher des amerikanischen Neokonservatismus, für sich und seine Weggenossen in Anspruch nahm, Präsident Reagan den Weg zur politischen Macht »in der Welt der Ideen« geebnet zu haben. Daß der Geist links stehe, war, vielleicht auch noch vor anderthalb Jahrzehnten, eine deskriptive Aussage. Heute ist diese Aussage eher eine – aus dem Bewußtsein politischer Ohnmacht gespeiste – Beschwörung. Denn der Geist, zumindest der Teil seiner Abteilungen, aus denen politische Eliten ihre Gründe beziehen, steht rechts. Stärker noch in Frankreich und in den USA als in der Bundesrepublik sind alle die politische Identität entwickelter kapitalistischer Gesellschaften betreffenden Streitfragen von konservativen bzw. neokonservativen Ideologien »besetzt«. Zugleich sehen wir in diesen Gesellschaften auf seiten der vormals kritischen Intelligenz die verbreitete Neigung zu einem umfassenden zivili-